



# Eine Stadt für alle **Die Genossenschafter\*innen**

**Warum wir heute hier protestieren:**

## **Wohnungsverband BBU verbreitet Fehlinformationen und Stimmungsmache**

Mit einer großen Kampagne mit Werbung im öffentlichen Raum, halbseitigen Anzeigen in den Medien und starker Präsenz auf allen Social-Media-Kanälen wollen Arbeitgeberverbände und die IHK gegen die Umsetzung des von fast 60% der Berliner\*innen unterstützten Volksentscheids "DWE & Co enteignen" mobilisieren. Das geht aus einem Papier hervor, das als "vertraulich/nur zur internen Information" markiert ist. Der Start der Kampagne "Berlin denkt weiter" ist für Ende Juli geplant, danach sind die medialen Interventionen durchorchestriert bis zu den Wahlen im September.

Inoffizieller Unterstützer der Kampagne ist der BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.. Dessen Vorständin Maren Kern ruft in einem internen Schreiben die Genossenschaftsvorstände auf, mit den Materialien der Unternehmerkampagne auf Mitglieder- und Vertreterversammlungen sowie bei den Aufsichtsräten „Informationen“ über die möglichen Folgen einer Vergesellschaftung zu verbreiten. Zur Veröffentlichung in den Hauszeitungen der Genossenschaften bietet Kern ein Musterinterview an. Auszüge: Maren Kern lässt fragen: "Was könnte das für Genossenschaften und ihre Mitglieder bedeuten?" Kern antwortet: "Was heißt das, wenn meine eigene Genossenschaft plötzlich doch verstaatlicht würde: Was passiert mit meiner Wohnung? Mit meiner Mitgliedschaft? Was wird aus meinen Genossenschaftsanteilen – also meinem Geld? Was passiert, wenn meine Genossenschaft wegen der Verstaatlichung ihrer Wohnungen am Ende sogar insolvent wird?"

**Dazu nehmen die GENOSSENSCHAFTER\*INNEN Stellung:**

"Es ist ein Skandal, wie Maren Kern, Vorständin des BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, sich vor den Karren des profitgetriebenen Immobiliensektors spannen lässt und erneut Ängste in den Genossenschaften schürt, um die Interessen der Immobilienwirtschaft durchzusetzen. Maren Kern ordnet nicht ein, sie polemisiert, verzerrt und verbreitet Falschaussagen:

**Bitte wenden**

- Mit ihren Behauptungen im „Musterinterview“ stellt Maren Kern das Mitgliedschaftsprinzip bei Genossenschaften in Frage. Für solch ein Szenario gibt es keinerlei Grundlage – und keinen Bezug zur Debatte um Vergesellschaftung.
- Mit ihrer Unterstellung, Genossenschaften würden „plötzlich“ doch verstaatlicht, streut Maren Kern bewusst Fehlinformationen. Genossenschaften werden weder plötzlich noch auf sonst irgendeine Art vergesellschaftet. Der Gesetzesentwurf der Initiative, auf den auch sie sich stützt, nimmt Genossenschaften ausdrücklich aus. Genossenschaften gehören bereits jetzt zur gemeinwohlorientierten Wohnungswirtschaft, da sie keiner privatnützigen Profitmaximierung folgen. Frau Kern sollte das eigentlich wissen.
- Mit ihrer rhetorischen Frage nach Genossenschaftsanteilen verunsichert Maren Kern die Mitglieder von Genossenschaften. Ihre Anteile an der Genossenschaft begründen die Mitgliedschaft und die Nutzungsansprüche. Darüber hinaus werden sie bei einigen Genossenschaften auch verzinst. Hier eine Unsicherheit herbeizureden ist weder vom Genossenschaftsgesetz gedeckt, noch sind Insolvenzen zu befürchten. Frau Kern sollte die Vorteile der Genossenschaften herausstellen, statt ihre Mitglieder zu verängstigen.

Der Versuch, Genossenschaftsmitglieder über fingierte Interviews zu verunsichern ist manipulativ und verantwortungslos. Als Quelle auf „viele Juristen“ zu verweisen, ist plump und peinlich. Das argumentativ schwache „Musterinterview“ ist ein weiteres Beispiel dafür, dass der BBU keine konstruktive Politik im Sinne von Genossenschaften betreibt. Stattdessen nutzt der BBU Genossenschaften, um Lobbyarbeit für die private Immobilienwirtschaft zu betreiben.

Der BBU sollte auf die Sachebene zurückkehren und aufhören, Berlinerinnen und Berlinern Sand in die Augen zu streuen und sie zu verunsichern.

Maren Kern und der BBU nutzen den Verband, um einseitig die Interessen der profitgetriebenen Wohnungsunternehmen zu vertreten. Dafür missbrauchen sie Genossenschaften, die ihren sozialen Versorgungsauftrag wahrnehmen, die Solidarität praktizieren und die Quartiere mit ihren unterdurchschnittlichen Mieten stabilisieren. Es ist höchste Zeit, über Alternativen zum BBU nachzudenken."